

presse

Schwarz-Gelb bleibt blind für Chancengleichheit in der Bildung

Zur neuen Studie der Vodafone-Stiftung zur sozialen Gerechtigkeit beim Hochschulzugang erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Die soziale Ungerechtigkeit beim Hochschulzugang steigt. Trotz aller steigenden Indikatoren haben junge Menschen aus bildungsfernen oder wirtschaftlich schwachen Familien heute schlechtere Chancen auf ein Studium. Das ist die neue und alarmierende Botschaft der Vodafone-Studie. In Merkels „Bildungsrepublik“ haben die sozial schwachen nicht mehr, sondern wengiger Chancen auf ein Studium.

Gerade gegen Ende der Legislatur stellt sich schon die Frage: Was hat Schavan in den vergangenen drei Jahren mit ihrem zusätzlichen Geld eigentlich auf den Weg gebracht, um die Chancengleichheit zu verbessern?

Die Bundesregierung hat nur auf steigende Etats, Abi-Quoten oder Studienanfängerzahlen geschaut und dabei die Menschen vergessen. Statt heute die BAföG-Förderung zu verbessern hat Schavan ihre Elitestipendien für Wenige durchgeboxt, die die soziale Ungleichheit eher verschärfen. Statt einen Rechtsanspruch auf ein gefördertes Studium auch „ohne Abitur“ für engagierte Menschen aus der Berufsbildung zu schaffen, hält sie an einer „Lotterie“ um chronisch knappe Fördermittel fest.

Und bei der Bildungsarmut sieht Schavan Handlungsbedarf eben nicht bei den zwei Millionen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss, sondern eher bei der kulturellen Bildung. So gibt sie Stiftungen Geld dafür, „bildungsferne“ Schülerinnen und Schüler zu finden und aus den Schulen heraus in private Angebote zu bringen, statt sie auf dem Weg zur mittleren Reife oder zum Abitur zu unterstützen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist und bleibt Chancengleichheit der zentrale Maßstab im Bildungswesen. Das BAföG muss noch in dieser Legislatur verbessert werden und um die jungen Menschen nicht schon vor dem Abi zu

verlieren, fordern wir vor allem die deutliche Ausweitung des Schüler-BAföG auf dem Weg zum Abitur.

Vor allem aber müssen wir die Angst vieler jungen Menschen ernst nehmen, sich auf eine auch finanziell unsichere Zukunft einzulassen. Die SPD steht daher für klare, individuelle und verlässlich planbare Rechtsansprüche auf Förderung und will Windhundprogramme – wie bei den Aufstiegsstipendien – oder Förderungen nach „Gutsherrenart“ – wie bei den Stipendienprogramm – überwinden.

Wer Chancengleichheit verbessern will muss aber auch so früh wie möglich im Bildungsweg ansetzen. Es ist ein Offenbarungseid der Koalition, dass sie in ihrem Entwurf für eine Verfassungsänderung nur Spitzenforschung im Blick hat. Das Kooperationsverbot soll gerade in der frühkindlichen Bildung und Schule hingegen unangetastet bleiben. Schavan ist wohl entgangen, dass genau hier der Bildungserfolg mitentschieden wird.